

WP-6 Kapitel 6: Berlin funktioniert zuverlässig

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 02.12.2025

Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 6 des Landeswahlprogramms (Innere Sicherheit, Justiz, Verwaltung, Bezirke, Verwaltungspersonal, Verwaltungsdigitalisierung)

1 In Berlin treffen unterschiedliche Interessen, Lebensentwürfe und Perspektiven aufeinander.
2 Damit daraus kein Gegeneinander entsteht, braucht es einen Staat, der vermittelt, schützt
3 und Vertrauen schafft, mit starken Institutionen, einer verlässlichen Verwaltung und echter
4 Beteiligung. Unser Ziel ist eine Stadt, die für ihre Menschen da ist und von ihnen
5 mitgestaltet wird: nahbar, handlungsfähig und transparent. Wir Bündnisgrüne wollen das
6 Vertrauen in die Demokratie stärken, indem wir sie im Alltag spürbar machen – durch agile,
7 kund*innenfreundliche Behörden, nachvollziehbare Entscheidungen und einen respektvollen
8 Umgang zwischen Verwaltung und Bürger*innen.

9 Ein starker Rechtsstaat ist für uns die Grundlage eines sicheren und freien Lebens in
10 Berlin. Sicherheit bedeutet dabei mehr als Polizeipräsenz oder Überwachung. Sie heißt Schutz
11 vor Diskriminierung, Gewalt, Kriminalität und Hass, vor existenzieller Not und sozialer
12 Ausgrenzung. Wir setzen auf Prävention, auf eine moderne Polizei, die Vertrauen schafft, und
13 auf eine Justiz, die gerecht, digital und unabhängig arbeitet.

14 Gute Politik gelingt nur mit starken Bezirken, motivierten Beschäftigten und einer
15 Verwaltung, die als Partnerin der Stadtgesellschaft agiert. Wir wollen die Bezirke so
16 ausstatten, dass sie ihre Aufgaben verlässlich und entsprechend den Bedürfnissen vor Ort
17 erfüllen können und klare Verantwortlichkeiten schaffen. Die Digitalisierung wollen wir
18 konsequent nutzen, um Berlin unbürokratischer, effizienter und transparenter zu machen.
19 Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, das Zeit spart, Teilhabe
20 ermöglicht und den öffentlichen Dienst zukunftsfest macht. So schaffen wir ein Berlin, das
21 verlässlich handlungsfähig ist, Verantwortung übernimmt und für alle da ist.

22 6.1. Innere Sicherheit – Freiheit und Schutz für alle

23 Wir Bündnisgrüne kämpfen für ein Berlin der Freiheit, in dem alle Menschen sicher sein
24 können. Wir stehen für ein Sicherheitsversprechen, das für alle Menschen gleichermaßen gilt.
25 Wir werden nicht hinnehmen, dass Frauen in Deutschland Tag für Tag Opfer von Femiziden und
26 körperlicher Gewalt sind oder dass jüdische Menschen, BIPOC und andere marginalisierte
27 Gruppen sich nicht frei bewegen können. Wir treten ein für eine Sicherheitspolitik, die
28 wissenschaftliche Erkenntnisse in den Mittelpunkt stellt. Statt aktionistischer
29 Symbolpolitik rücken wir die tatsächlichen Alltagsnöte der Berliner*innen und
30 Sicherheitsbehörden in den Fokus. Unsere Innenpolitik bekämpft nicht nur Symptome, sondern
31 die Ursachen. Armut, Perspektivlosigkeit und fehlende Teilhabe sind zentrale
32 Kriminalitätstreiber. Wir unterstützen daher die sozialen Träger und Initiativen, die in der
33 ganzen Stadt der Garant für die soziale Infrastruktur und damit eine zentrale Säule für ein
34 sicheres Berlin sind. Wir sorgen dafür, dass sich die Sicherheitsbehörden auf ihre
35 Kernaufgaben konzentrieren können: die Verhinderung und Verfolgung von Straftaten. Wo der
36 größte Schaden für die Gesellschaft entsteht, braucht es einen hohen Verfolgungsdruck. Wir
37 sorgen dafür, dass sich Geschäfte der Organisierten Kriminalität in Berlin nicht mehr
38 lohnen. Wir stärken die Bekämpfung von Cybercrime und Hasskriminalität im Netz, schützen das
39 Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und die Informationsfreiheit und machen
40 Berlin resilient gegen Cyberangriffe. Wir beenden die Symbolpolitik des Wegner-Senats, die

41 die Sicherheitslage nicht verbessert. Ganz im Gegenteil: Darunter leiden Grund- und
42 Freiheitsrechte der Berliner*innen, aber auch die Sicherheitsbehörden selbst.

43 Vertrauen und Sicherheit vor Ort stärken

44 Prävention ist die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung. In den Kiezen, die stark von
45 Kinderarmut, fehlender Teilhabe und Perspektivlosigkeit geprägt sind, werden wir die
46 Angebote der Jugendsozialarbeit absichern, um junge Berliner*innen in schwierigen Lagen
47 nicht alleinzulassen und sie dabei zu unterstützen, selbstbestimmte Zukunftsperspektiven zu
48 entwickeln. Wir Grüne wollen Ansätze des Community Policing in die Fläche bringen, um das
49 Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zu erhöhen und das Sicherheitsgefühl zu stärken. Dazu
50 zählen mehr Kontaktbereichsbeamt*innen als lokale Ansprechpersonen, die Ausweitung von
51 Fahrradstreifen und Präsenz an hochfrequentierten Orten oder Hotspots, auch mit mobilen
52 Wachen und Kiezläufer*innen. Aufklärung, Beratung und Hilfe sind für uns genauso wichtig wie
53 die enge und klar strukturierte Zusammenarbeit mit den Akteur*innen vor Ort.

54 Sicherheitskräfte stärken und Arbeitsbedingungen verbessern

55 Damit Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst ihre Aufgaben auch morgen noch erfüllen können,
56 muss die Personalplanung dem demografischen Wandel Rechnung tragen. Wir wollen die
57 Polizeiausbildung noch attraktiver machen und die Arbeitsbedingungen, z. B. durch
58 familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, verbessern. Um Polizist*innen und
59 Feuerwehrangehörigen, die im Dienst angegriffen werden, besser helfen zu können, werden wir
60 neben dem Dienstunfallrecht auch die psychischen Folgen solcher Angriffe noch stärker in den
61 Blick nehmen und die psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) stärken. Den massiven
62 Sanierungsstau bei Liegenschaften und Fuhrpark von Polizei und Feuerwehr werden wir
63 prioritär abbauen: Die Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie wollen wir endlich
64 fertigstellen und den Neubau für das Kriminaltechnische Institut anschieben, damit
65 Ermittlungen und Strafverfolgung zukünftig ohne lange Verzögerungen erfolgen können. Die
66 Ausstattung aller Dienstgebäude mit Trinkwasserspendern, die energetische Sanierung und die
67 Nutzung erneuerbarer Energien, auch bei Beschaffungen für den Fuhrpark, werden wir zum
68 Standard machen.

69 Vielfalt und Resilienz in Sicherheitsbehörden ausbauen

70 Moderne, vielfältige und diskriminierungsfreie Sicherheitsbehörden sind für den Schutz der
71 Demokratie unabdingbar. Gleichzeitig sind sie als attraktive Arbeitgeberinnen entscheidend
72 für die Bewältigung des Fachkräftemangels. Deshalb müssen Demokratiebildung,
73 Diskriminierungskritik und kommunikative Kompetenzen in Aus- und Fortbildung sowie im
74 Studium gefördert werden. So unterstützen wir Grüne die Sicherheitsbehörden dabei, Frauen
75 und Vielfalt zu fördern und Diskriminierung und Sexismus – auch am Arbeitsplatz –
76 entschlossen entgegenzuwirken. Wir werden die Empfehlungen der Berliner Polizeistudie
77 konsequent umsetzen und Angebote hinsichtlich Supervision, Einsatznachbereitungen und
78 Resilienzstärkung ausbauen. Für die Verbesserung der Strukturen und der Arbeitsweise bei der
79 Berliner Feuerwehr und im Rettungsdienst werden wir eine Feuerwehrstudie durchführen. Die
80 Einführung des unabhängigen Bürger*innen- und Polizeibeauftragten war die richtige
81 Entscheidung, um das Vertrauen in staatliches Handeln zu stärken – sowohl bei Anliegen von
82 Betroffenen polizeilicher Maßnahmen als auch für Polizist*innen selbst. Wir werden die
83 unabhängige Kontrolle verbessern und dem Beauftragten ermöglichen, effektiv alle an ihn
84 herangetragenen Sachverhalte zu überprüfen.

85 Kriminalität gezielt entgegenwirken

86 Wir Bündnisgrüne möchten Kriminalität gezielt entgegenwirken. Daher führen wir neben der
87 Polizeilichen Kriminalstatistik den Berliner Periodischen Sicherheitsbericht ein, der nicht
88 nur die Anzahl der Taten analysiert, sondern auch deren Ursachen. Polizeiliche Ressourcen
89 sollen danach dort eingesetzt werden, wo sie den meisten Nutzen bieten und aktuellen
90 Entwicklungen bei der Gewalt-, Eigentums- und Vermögenskriminalität gezielt entgegenwirken
91 können. Die bezirklichen Ordnungsämter wollen wir stärken, damit sie ihren Aufgaben im
92 Bereich der Gefahrenabwehr endlich gerecht werden können und diese nicht regelmäßig von der
93 Polizei aufgefangen werden müssen.

94 Überwachung begrenzen und Grundrechte schützen

95 Überbordende Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern löst Unsicherheit und
96 Ängste aus und birgt die Gefahr, unsere demokratische Grundordnung und unsere Grundrechte zu
97 riskieren, die die Überwachung eigentlich sichern soll. Die Vorratsdatenspeicherung, den
98 Einsatz von staatlich eingesetzter Späh-Software für die Online-Durchsuchung
99 (Staatstrojanern), die Ausweitung von Videoüberwachung oder biometrischer Gesichtserkennung
100 lehnen wir daher ab. Eine Auswertung polizeilicher Daten mit Hilfe von Palantir-Software
101 oder ähnlicher privater, nicht-europäischer Software weisen wir zurück, da sie mit digitaler
102 Souveränität unseres Landes und seiner Bürger*innen nicht vereinbar ist. Wir Grüne setzen
103 darauf, Überwachungstransparenz herzustellen, indem statistisch erfasst wird, welche
104 Maßnahmen wie häufig eingesetzt werden, wo es bei der Umsetzung hapert und was umgekehrt
105 zielführend ist. Das von Schwarz-Rot abgeschaltete Funkzellentransparenzsystem wird es
106 Betroffenen in Zukunft wieder ermöglichen, ihre Auskunftsansprüche einfach und digital
107 durchzusetzen. Das Berliner Polizeigesetz (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz –
108 ASOG) werden wir evaluieren und Bürger*innenrechte und parlamentarische
109 Kontrollmöglichkeiten stärken sowie eine Aufgabenkritik zur Entlastung der Polizei
110 durchführen. Polizeiliches Handeln muss sich stets nach dem Handeln der Verdächtigen
111 richten, weshalb wir anlasslose Kontrollen ablehnen. Sie sind nicht nur ineffektiv und
112 personalintensiv, sondern auch ein Einfallstor für Racial Profiling. Um dem
113 entgegenzuwirken, möchten wir eine digitale Kontrollquittung einführen, mit der jede Person
114 über den Anlass der Kontrolle informiert werden kann. Das schafft Transparenz und
115 Nachvollziehbarkeit in Verbindung mit polizeilichem Handeln. Die Ergebnisse der
116 Bodycamstudie wollen wir umsetzen und den Einsatz auf die Polizei beschränken. Die Bodycam
117 dient dabei auch als bürgerrechtliches Instrument, das auf Verlangen oder bei unmittelbarem
118 Zwang zur Beweissicherung angeschaltet werden muss.

119 Versammlungsfreiheit verteidigen

120 Demonstrationen sind ein Mittel, um zusammenzukommen, Unmut und Trauer auszudrücken sowie
121 politische Positionen zu vertreten. Mit jährlich über 7.000 politischen Versammlungen ist
122 Berlin als Bundeshauptstadt auch Demonstrationshauptstadt. Wir Bündnisgrüne schützen das
123 Versammlungsgrundrecht und haben unter Rot-Rot-Grün das Versammlungsgesetz an die Realität
124 der zum allergrößten Teil friedlichen Demonstrationen angepasst. Gleichzeitig sehen wir, wie
125 durch die Diffamierung von Protestformen und Gerichten versucht wird, Versammlungen
126 unverhältnismäßig einzuschränken oder zu verbieten. Gewalt und Hass sind inakzeptabel und
127 sind bereits heute nicht vom Versammlungsgrundrecht gedeckt. Eine Verschärfung des
128 Versammlungsfreiheitsgesetzes lehnen wir deshalb entschieden ab. Während der Wegner-Senat
129 mit einem Kurs der Repression zu mehr Eskalation auf den Straßen beiträgt, stehen wir für
130 einen Kurswechsel zu einer Deeskalationsstrategie ein. Dazu gehört auch, dass Kritik an

131 unverhältnismäßigen polizeilichen Maßnahmen, an Gewalt gegen Demonstrierende und an
 132 Schmerzgriffen gegen friedliche Versammlungsteilnehmende legitim ist und nicht abgetan
 133 werden darf. Fehlverhalten muss ernsthaft aufgearbeitet werden. Wenn dies unterbleibt,
 134 schadet es nicht zuletzt der öffentlichen Wahrnehmung der Berliner Polizei.

135 Politisch motivierte Straftaten konsequent bekämpfen

136 Wir stehen für eine konsequente Verfolgung von politisch motivierten Straftaten und
 137 Netzwerken – auch und gerade im Internet. Schwerpunkte sind für Berlin vor allem
 138 rechtsextremistische und islamistische Gefährdungen. Neben einer Gesamtstrategie gegen
 139 Rechtsextremismus benötigen wir eine Stärkung der Deradikalisierungsarbeit sowie der
 140 Beratungsstellen gegen Verschwörungsideologien, Hasskriminalität und einen Ausbau der
 141 zielgruppenspezifischen Arbeit mit Jugendlichen und Männern. Offene Haftbefehle gegenüber
 142 untergetauchten oder verurteilten Rechtsextremist*innen oder anderen Extremist*innen müssen
 143 endlich konsequent vollzogen werden.

144 Lehren aus der Neuköllner Straftatenserie ziehen

145 Über Jahre hinweg hat es in Neukölln eine rechte Anschlagsserie gegeben, die von den
 146 Ermittlungsbehörden nicht konsequent verfolgt worden ist. Wir Grüne sind solidarisch mit den
 147 betroffenen Personen und Kiezen, die bis heute unter den Folgen leiden und Vertrauen in den
 148 Rechtsstaat verloren haben. Der Untersuchungsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus hat
 149 wiederholt Defizite bei den Sicherheitsbehörden aufgedeckt. Informationen wurden nicht
 150 zusammengeführt, Betroffene nicht ernst genommen. Erst durch die Übernahme der Ermittlungen
 151 durch die Generalstaatsanwaltschaft konnten Täter*innen angeklagt und verurteilt werden.
 152 Damit sich dies nicht mehr wiederholt, ist entscheidend, dass es eine Zusammenarbeit
 153 zwischen betroffenen Dienststellen und Behörden sowie klare Verantwortlichkeiten und einen
 154 strukturierten Wissenstransfer gibt – gerade in den Bereichen mit erforderlicher
 155 Szenenkenntnis. Wo weggeschaut wird, wächst rechte Gewalt. Umso wichtiger ist, dass auch
 156 vermeintlich „kleine Delikte“ nicht bagatellisiert werden – ihre politische Motivation muss
 157 von Beginn an mitgedacht und in die Ermittlungen einbezogen werden.

158 Verfassungsschutz neu ordnen und Kontrolle stärken

159 Der Verfassungsschutz ist seiner Aufgabe, Gefahren für unsere Demokratie früh zu erkennen,
 160 in der Vergangenheit oft nicht gerecht geworden. Für ein wirksames Früherkennungssystem
 161 gegen die wachsenden Bedrohungen der freiheitlichen Demokratie halten wir Grüne eine
 162 strukturelle Neuordnung für erforderlich: Es braucht zwei Säulen mit einem unabhängigen,
 163 anhand öffentlicher Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der Verfassung sowie einem
 164 rechtsstaatskonformen, von polizeilichen Aufgaben klar abgegrenzten nachrichtendienstlichen
 165 Verfassungsschutz mit Fokussierung auf die Früherkennung von staatsgefährdenden Straftaten,
 166 Desinformation, Spionage und Terrorismus. Auf Grundlage einer unabhängigen und
 167 wissenschaftlichen Evaluation werden wir die Aufgaben, Prioritäten und Ressourcen des
 168 Verfassungsschutzes neu justieren. Mit einem Verfassungsschutz-Kontrollgesetz wollen wir die
 169 bestehenden parlamentarischen Kontroll- und Informationsrechte zur Stärkung der
 170 Nachvollziehbarkeit über Informationsgewinnung, nachrichtendienstliche Tätigkeiten und
 171 Bewertungsmaßstäbe verbessern.

172 Organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen

173 Die Bekämpfung von Organisierter Kriminalität werden wir Bündnisgrüne priorisieren und die
174 vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen bündeln: Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft
175 müssen in die Lage versetzt werden, einen stärkeren Fokus auf Strukturermittlungen legen zu
176 können, damit die „großen Fische“ nicht durchs Netz gehen. Für einen durchgehenden Follow-
177 the-Money-Ansatz schaffen wir die nötigen Schnittstellen mit den Finanzämtern, der
178 Steuerfahndung, der Gewerbeaufsicht und dem Zoll: Organisierte Kriminalität darf sich nicht
179 mehr lohnen. Wir werden ein Immobilienregister einrichten, aus dem die wahren
180 wirtschaftlichen Berechtigten an Immobilien hervorgehen, um kriminelle Strukturen im
181 Immobilienbereich leichter aufdecken und die Immobilien einziehen zu können. Zur
182 Durchsetzung von Vermögensabschöpfungen bei Erträgen aus illegalen Quellen, auch durch die
183 Einziehung von Immobilien, braucht es neben kriminalpolizeilichen Kompetenzen auch
184 qualifiziertes Personal, das kriminelle Geflechte erkennen, nachvollziehen und verfolgen
185 kann. Die Gewerbeüberwachung werden wir grundlegend reformieren, auch durch eine klare
186 Aufgabenverteilung zwischen Land und bezirklichen Ordnungsämtern. Diskriminierende
187 Praktiken, Herkunftsdebatten oder symbolpolitische Verbundeinsätze sind weder hilfreich noch
188 zielführend.

189 Wir werden eine stadtweit zuständige Ermittlungsgruppe „Fahrraddiebstahl“ beim
190 Landeskriminalamt einrichten, auch um organisierten Banden Einhalt zu gebieten. Wir werden
191 die Hotspots des Fahrraddiebstahls in den Fokus nehmen und die Zahl der Schwerpunkteinsätze
192 deutlich ausweiten. Denn jedes Jahr werden in Berlin rund 25.000 Fahrraddiebstähle bei der
193 Polizei gemeldet, das sind über zehn Prozent aller Diebstähle in Berlin, die
194 Aufklärungsquote liegt dagegen konstant unter fünf Prozent.

195 Kriminalität im digitalen Zeitalter entgegentreten

196 Kriminalität, die im digitalen Raum stattfindet, ist längst Teil einer Realität, die immer
197 stärkere Auswirkungen auf das „reale Leben“ hat. Sie darf daher gegenüber analogen
198 Kriminalitätsphänomenen nicht nachrangig behandelt werden. Wir Bündnisgrüne befähigen die
199 Sicherheitsbehörden in der Bekämpfung von Cyberkriminalität und Cyberspionage, damit sie
200 effektiv und schnell auf neue Bedrohungslagen reagieren können. Ein besonderer Fokus liegt
201 dabei auf der Bekämpfung von Hasskriminalität. Darüber hinaus braucht es eine Strategie
202 gegen Desinformation. Irreführende, falsche und manipulative Informationen, Bilder und
203 Videos sollen Menschen in ihrer Wahrnehmung und Haltung und damit die öffentliche Meinung
204 beeinflussen. Gerade mit den gewachsenen Möglichkeiten durch Künstliche Intelligenz stellt
205 das eine massive Gefährdung für unsere Demokratie dar – insbesondere, wenn Wahlen so
206 beeinflusst werden.

207 Im Umgang mit Cyberangriffen braucht es eine berlinweite Strategie des gesamten Senats, die
208 unter Einbindung der Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu entwickeln ist. Für die Verwaltung
209 und besonders die kritische Infrastruktur (KRITIS) sind Mindestsicherheitsanforderungen,
210 eine klare Aufgabenverteilung und präzise beschriebene Befugnisse und Verantwortlichkeiten
211 der handelnden Behörden notwendig. In einem Berliner IT-Sicherheitsgesetz wollen wir
212 verbindliche Standards festlegen.

213 Informationelle Selbstbestimmung schützen

214 Der Datenschutz gewinnt mit der Digitalisierung aller Gesellschaftsbereiche noch größere
215 Bedeutung. IT-Verfahren müssen so gestaltet werden, dass das Recht auf informationelle

216 Selbstbestimmung und damit der Schutz der Privatsphäre gewährleistet ist. Wir stellen
217 sicher, dass die Befugnisse der Berliner Beauftragten für Datenschutz und
218 Informationsfreiheit in Zukunft auch gegenüber den Sicherheitsbehörden gelten werden. Für
219 die konsequente Durchsetzung von geltendem Datenschutzrecht stärken wir die
220 Landesdatenschutzbeauftragte. Das beinhaltet die überfällige und vollumfängliche Umsetzung
221 der europäischen JI-Richtlinie (Richtlinie zum Schutz natürlicher Personen bei der
222 Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der
223 Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung
224 sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des
225 Rates), die personenbezogene Daten schützt, einschließlich Sanktionsbefugnissen für die
226 oberste Datenschutzbehörde.

227 Unseren Rettungsdienst sicher aufstellen

228 Wer die 112 ruft, muss sich darauf verlassen können, dass die richtige Hilfe kommt. Statt
229 einer Absenkung von medizinischen Standards wollen wir den Berliner Rettungsdienst fit für
230 die Zukunft machen. Es braucht eine Personaloffensive zur Gewinnung von mehr
231 Notfallsanitäter*innen und eine eigene Laufbahn für den Rettungsdienst. Mit einem Runden
232 Tisch „Rettungsdienst“ werden wir die unterschiedlichen Akteur*innen mit der
233 Gesundheitsversorgung verzahnen, damit jede*r Hilfesuchende an die geeignete Stelle –
234 Rettungsstelle, Hausärzt*in, ärztlicher Bereitschaftsdienst, Krisendienste etc. – gelangt
235 und dort die passende Hilfe bekommt. Wir Grüne stärken die Präventionsfähigkeiten und führen
236 Kriseninterventionsteams ein, um insbesondere auf Einsatzlagen mit psychosozialen
237 Herausforderungen besser reagieren zu können.

238 6.2. Starke Justiz – Rechtsstaat sichern

239 Unser Berlin ist ein sozialer Rechtsstaat. Wir Bündnisgrüne stehen für eine unabhängige und
240 leistungsfähige Justiz. Rechtsschutz und die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards müssen
241 stets und für alle Bürger*innen gewährleistet sein. Dafür brauchen wir in Gerichten,
242 Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug engagierte, kompetente und kritikfähige
243 Mitarbeitende. Denn die in der Justiz arbeitenden Menschen bilden das Rückgrat unseres
244 Rechtsstaats, der durch die Zunahme extremistischer Kräfte und antidemokratischer Tendenzen
245 massiv unter Druck steht. Eine zukunftsfähige Justiz nutzt die Chancen der Digitalisierung.
246 Die Resozialisierung Strafgefangener werden wir wieder in den Vordergrund rücken, da die
247 Gesellschaft allein dadurch nachhaltig vor Straftaten geschützt wird. Dies gelingt nur
248 gemeinsam mit freien Trägern, deren Netzwerke und Kompetenzen unverzichtbar sind. Die
249 Entziehung der Freiheit ist Strafe genug, die Haftbedingungen müssen einen zeitgemäßen,
250 behandlungsorientierten Justizvollzug ermöglichen. Rechtsstaatlichkeit heißt für uns aber
251 auch, Opfer von Straftaten durch ein Opferschutzgesetz proaktiv und professionell zu
252 unterstützen und sie wirksam vor weiterer Gewalt zu schützen.

253 Zugang zum Recht verbessern

254 Wir Grüne möchten den Zugang zum Recht in Berlin verbessern, denn dieser ist noch immer
255 nicht für alle Menschen gleich. Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status werden
256 strukturell benachteiligt, häufig können sie sich einen Rechtsbeistand nicht leisten. Auf
257 Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Beratungs- und Prozesskostenhilfe, aber auch der
258 Zugang zur Strafverteidigung erleichtert werden. Zudem werden wir die Rechtsantragstellen
259 bei den Gerichten ausbauen, dort mehrsprachige Angebote schaffen und einen leichteren

digitalen Zugang zur Justiz ermöglichen. Wir führen eine gesetzliche Kooperationspflicht für die Landesbehörden mit den Verwaltungsgerichten ein und stellen juristisch sicher, dass eingreifende Entscheidungen regelmäßig nicht vollstreckt werden, solange ein zulässiges Eilverfahren anhängig ist. Die Rechte von Kindern vor den Familiengerichten und als Zeug*innen und Verletzte in Strafverfahren wollen wir stärken. Die wertvolle Arbeit der Kinderschutzambulanz und das Childhood-Haus Berlin an der Charité werden wir stärken. Die Strafverfolgungsbehörden unterstützen wir bei der Verfolgung von Wirtschaftskriminalität und bauen die Strukturen zur Vermögensabschöpfung im rechtsstaatlichen Rahmen weiter aus.

Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen

In Berlin befinden sich noch immer zu viele Menschen in Haft, die ihre Geldstrafe nicht bezahlen konnten. Diese Menschen benötigen Hilfe und keine Inhaftierung. Noch immer enthält das Strafgesetzbuch zu viele Bagatelldelikte, die die Justiz belasten und deren strafrechtliche Verfolgung ökonomisch und sozial kontraproduktiv ist. Daher werden wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe und die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten wie z. B. das Fahren ohne Fahrschein im öffentlichen Nahverkehr einsetzen. Um zu verhindern, dass Menschen, die zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, im Gefängnis landen, werden wir Projekte stärken, bei denen Menschen ihre Geldstrafen abarbeiten können.

Resozialisierung und Chancen ermöglichen

Wir Grüne werden den offenen Vollzug stärken und ausbauen, da er nach unserer Überzeugung am besten geeignet ist, um den schädlichen Einfluss der Haft zu minimieren und die Gefangenen zu einem Leben ohne Straftaten zu befähigen. Strafgefangene brauchen passgenaue und zeitgemäße Behandlungs- und Bildungsmaßnahmen und eine bessere Betreuung vor und nach der Entlassung. Wir sorgen dafür, dass alle zuständigen staatlichen Stellen Verantwortung für die Wiedereingliederung übernehmen, und werden auch die freien Träger hier noch stärker einbeziehen. Kinder von Inhaftierten müssen – ressortübergreifend – intensiver in den Blick genommen werden. Unser Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ ist ein großer Erfolg und wir werden es weiter vorantreiben, sodass alle Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist, Zugang zu Internet und E-Mail erhalten – damit sie den Kontakt mit ihren Familien halten, digitale Bildungsangebote nutzen und sich am Ende der Haft um einen Job bewerben können. Resozialisierung gelingt nur mit engagierten und gut ausgebildeten Bediensteten. Wir werden daher die Attraktivität des Allgemeinen Vollzugsdienstes weiter steigern und ihn flexibler gestalten. Die Justizvollzugsanstalten werden wir baulich weiter modernisieren, um menschenwürdige Haftbedingungen und zeitgemäße Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden zu schaffen.

Asylverfahren durch Expertise fair gestalten

Hinter jedem Asylverfahren steht ein Schicksal, mit jeder Entscheidung wird über Lebenschancen entschieden. Eine falsche Entscheidung kann dazu führen, dass Geflüchtete ihren Peiniger*innen wieder ausgeliefert werden. Um diese Entscheidungen auf der bestmöglichen Grundlage treffen zu können, bedarf es vielfältiger Expertisen. Wir wollen daher wissenschaftliche Mitarbeitende am Verwaltungsgericht einstellen, die Expertise zu den gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Hintergründen der Herkunftsländer mitbringen und die Erkenntnismittel für die Richter*innen aufbereiten.

303 Fehlerkultur der Justiz ausbauen

304 Wir Bündnisgrüne stehen für eine transparente, lernende Justiz mit einer entwickelten
305 Fehlerkultur und einem besseren Schutz vor Fehlurteilen. Dazu gehören für uns insbesondere
306 die Verlängerung der Aufbewahrungsfristen von Beweismitteln, die Stärkung der
307 Rechtsmittelinstanzen, eine wissenschaftliche Analyse der Ursachen von Fehlurteilen und
308 entsprechende Fortbildungen für Richter*innen und Staatsanwält*innen.

309 Personaloffensive in der Justiz starten

310 Angesichts der auf die Justiz zurollenden Pensionierungswelle werden wir unsere Bemühungen
311 für eine Personaloffensive in diesem Bereich erneuern. Hierfür möchten wir die
312 Arbeitsbedingungen familienfreundlicher und mobiler machen sowie Quereinstiege,
313 Aufstiegschancen und Wechsel durch eine angemessene Anrechnung von Vorerfahrungszeiten
314 erleichtern. Die Bedingungen des Rechtsreferendariats sollen attraktiver gestaltet werden.
315 Bei der Einstellung sollen Bewerber*innen mit Migrationshintergrund bei gleicher Eignung
316 Vorrang haben. Frauen in der Justiz werden wir weiter fördern, insbesondere durch
317 paritätische Vorschlagslisten bei Beförderungstellen. Die Ausbildung der
318 Gerichtsvollzieher*innen werden wir qualifizieren.

319 Juristische Ausbildung reformieren

320 Wir Grüne wollen über die Justizministerkonferenz einen breiten Stakeholder-Prozess mit dem
321 Ziel einer zeitgemäßen und praxistauglichen Reform der juristischen Ausbildung initiieren.
322 In die Diskussionen wollen wir alle relevanten Akteur*innen – darunter Studierende,
323 Referendar*innen, Dozierende, Prüfungsämter und Berufsverbände – einbinden. Die
324 Auseinandersetzung mit Rassismus, Sexismus, Klassismus sowie Trans- und
325 Homosexuellenfeindlichkeit muss fester Bestandteil der Ausbildung werden. Weitere Ziele sind
326 die höhere Transparenz bei der Notenvergabe, die paritätische Besetzung der
327 Prüfungskommissionen, eine stärkere Gewichtung der praktischen Leistungen während des
328 Referendariats und ein verantwortlicher Umgang mit Künstlicher Intelligenz. Für die
329 Arbeitsgemeinschaften im Referendariat soll gemeinsam mit dem Kammergericht ein
330 strukturiertes didaktisches Gesamtkonzept entwickelt werden.

331 Extremismusprävention und Unabhängigkeit der Justiz sichern

332 Wir Bündnisgrüne bringen eine Bundesratsinitiative auf den Weg mit dem Ziel,
333 festzuschreiben, dass Schöff*innen und andere ehrenamtliche Richter*innen sich zur
334 freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssen, und werden eine Strategie zur
335 systematischen Überprüfung der Bewerber*innen zum Zwecke der Extremismusprävention
336 entwickeln.

337 Wir wollen – dem Vorbild der Mehrzahl der anderen Länder der EU folgend – die Unabhängigkeit
338 der Justiz durchsetzen und die Eigenständigkeit der Staatsanwaltschaft durch eine
339 weitgehende Abschaffung des Weisungsrechts der Justizverwaltung stärken. Strukturelle Hürden
340 beim Zugang zur Verteidigung werden wir abbauen.

341 Digitalisierung der Justiz konsequent vorantreiben

342 Die Digitalisierung der Justiz ist eine Mammutaufgabe, die Priorität haben muss. Nach der
343 flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte an den Gerichten und in den
344 Staatsanwaltschaften müssen die Arbeitsabläufe, die Aufgaben der verschiedenen Berufsgruppen
345 und die Organisation angepasst und zum Teil grundlegend reformiert werden. In der
346 Rechtsprechung und Strafverfolgung werden wir den Einsatz digitaler Recherchertools und
347 Assistenzsysteme unterstützen. Hierdurch schaffen wir Effizienzgewinne und standardisieren
348 Arbeitsabläufe, was zur Entlastung von Richter*innen, Staatsanwält*innen und
349 Rechtspfleger*innen beiträgt. Hierbei behalten wir jedoch stets die Risiken und die
350 Sicherheit im Blick: Es muss immer ein Mensch sein, der letztlich in Gerichtsverfahren
351 entscheidet. Wir entwickeln für Gerichte und Staatsanwaltschaften ein Raumkonzept für die
352 ökologische Sanierung und eine effizientere Flächennutzung, die den neuen digitalen und
353 mobilen Arbeitsabläufen gerecht wird und zugleich eine hohe Aufenthaltsqualität für
354 Beschäftigte und Rechtssuchende garantiert. Wir Grüne werden im Zuge der vollständigen
355 Digitalisierung verstärkt virtuelle Verhandlungssäle einrichten und flächendeckend WLAN
356 anbieten, um Anwält*innen digitales Arbeiten zu ermöglichen.

357 6.3. Funktionierende Verwaltung – Berlin zum Laufen 358 bringen

359 Wer in Berlin lebt, kennt es: Sobald ein Problem auftaucht, ist niemand dafür zuständig;
360 Bürger*innen verzweifeln seit vielen Jahren am Behörden-Pingpong. Deshalb haben wir
361 Bündnisgrüne einen Plan vorgelegt, wie Berlin mit einer Verwaltungsreform endlich wieder
362 funktioniert: klare Zuordnung von Steuerungs- und Durchführungsaufgaben zwischen Senats- und
363 Bezirksverwaltung und Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Berliner Verfassung, was
364 bedeutet, dass diejenigen, die Aufgaben beschließen, auch für deren Kostendeckung
365 verantwortlich sind. Damit stellen wir sicher, dass der Senat die Bezirke bei neuen Aufgaben
366 auch mit den entsprechenden Finanzmitteln ausstatten muss.

367 Die schwarz-rote Koalition hat in ihrem Prozess der Verwaltungsmodernisierung, bei dem wir
368 uns als Bündnisgrüne von Beginn an aktiv eingebracht haben, diese beiden zentralen Elemente
369 aufgenommen; die verabschiedete Verwaltungsreform trägt eine deutliche bündnisgrüne
370 Handschrift. So kommen wir endlich weg vom Behörden-Pingpong und sorgen dafür, dass Berlin
371 endlich wieder funktioniert.

372 Jetzt ist es Zeit, die verabschiedete Verwaltungsreform mit Leben zu füllen und erfolgreich
373 umzusetzen. Unser Ziel sind Senatsverwaltungen, die vorausschauend und strategisch ihre
374 gesamtstädtische Verantwortung wahrnehmen, und Bezirksämter, die engagiert und pragmatisch
375 ihre Leistungen erbringen. So machen etwa schnelle Termine in Bürger*innenämtern, kompetente
376 und diskriminierungsfreie Beratung im Jugendamt sowie Angebote der Teilhabe deutlich, dass
377 der Staat funktioniert und die Anliegen aller Berliner*innen im Blick hat. Daher ist für uns
378 eine handlungsfähige, wehrhafte Verwaltung ein elementarer Beitrag zur Stabilisierung der
379 Demokratie.

380 Verwaltung handlungsfähig und bürger*innennah aufstellen

381 Wir Grüne möchten die Kultur der Verwaltung als Dienstleisterin der Berliner*innen
382 verstärken und sicherstellen, dass sie sich bei der Aufgabenerfüllung entsprechend an den
383 Bedürfnissen der Berliner*innen orientiert. Das bedeutet insbesondere, dass die Durchführung
384 bürger*innennaher Dienstleistungen diskriminierungsfrei erfolgt.

385 In einer zunehmend disruptiven Welt ist es unser Ziel, die gesamte Berliner Verwaltung in
386 die Lage zu versetzen, schnell und wirksam neuen Herausforderungen zu begegnen. Hierzu
387 müssen wir sie in ihren Strukturen resilient aufstellen. Wir wollen ein professionelles
388 Ideenmanagement in der Verwaltung etablieren. Die Beschäftigten wissen oft selbst, wo der
389 Schuh drückt und wie man Prozesse verbessern könnte. Hier gilt es, Zugänge zu erleichtern
390 und positive Anreize zu schaffen, diese Ideen auch vorzutragen. Teil des Kulturwandels muss
391 es sein, dass der Mut zur Veränderung auch im eigenen Arbeitsbereich gestärkt wird.

392 Verwaltungsreform umsetzen und Prozesse modernisieren

393 Die begonnene Aufgabenerfassung müssen wir hinsichtlich der Aufgabensortierung zu den
394 Politik- und Querschnittsfeldern zügig weiterführen. Dabei sind die einzelnen Aufgaben auch
395 einer Kritik zu unterziehen. Unser Ziel ist es, dass die Senatsverwaltungen die
396 gesamtstädtischen Steuerungsaufgaben für ihre Politikfelder innehaben. Die Berliner Bezirke
397 sollen Durchführungsaufgaben sowie die bezirklichen Steuerungsaufgaben übernehmen.

398 Verwaltungsprozesse wollen wir im Sinne des Dienstleistungsgedankens gegenüber den
399 Berliner*innen sowie der Berliner Wirtschaft und Stadtgesellschaft vereinfachen. Dabei
400 setzen wir uns aber dafür ein, dass eine Modernisierung von Verwaltungsprozessen keine
401 sozialen und ökologischen Standards untergräbt. Dafür brauchen wir Investitionen in die
402 Digitalisierung. Um als moderner Dienstleister die Anliegen der Bürger*innen und Unternehmen
403 effizient und nutzer*innenfreundlich zu bearbeiten, bedarf es einer konsequenten und
404 beschleunigten Digitalisierung der Verwaltungsprozesse.

405 6.4. Kompetente Bezirke – vor Ort gestalten

406 Wir Bündnisgrüne stellen in sechs Bezirken Bürgermeister*innen und elf weitere
407 Stadträt*innen. Wir zeigen an jedem Tag vor Ort: Es macht einen Unterschied, wer regiert –
408 sei es im Klimaschutz, beim Kampf gegen teure Mieten oder bei unserem Einsatz für eine
409 bürger*innennahe Verwaltung. Die Berliner Bezirke bilden das Herz der städtischen Demokratie
410 und Verwaltung. Sie sind der erste Ansprechpartner für die Bürger*innen mit ihren Anliegen.
411 Der Zustand der Bezirksverwaltungen und der Berliner Kieze gibt den Bürger*innen einen
412 ersten Eindruck vom Funktionieren der Stadt und prägt maßgeblich das Vertrauen in die
413 gesamte Berliner Verwaltung. Saubere Grünflächen und intakte Spiel- und Sportplätze sind für
414 uns kein Nice-to-have, sondern eine essenzielle Daseinsvorsorge.

415 Als Verwaltung in den Kiezen und mit dem direkten Kontakt zu den Bürger*innen kennen die
416 Bezirksverwaltungen die Bedürfnisse vor Ort. Sie haben somit die Expertise, Entscheidungen
417 für das bezirkliche Zusammenleben in den Kiezen unter Berücksichtigung der Bürger*innen zu
418 treffen.

419 Starke und handlungsfähige Bezirke garantieren

420 Unser Ziel ist es, dass in den Bezirken gleichwertige Lebensverhältnisse gegeben sind und
421 bei der Bereitstellung des bezirklichen Leistungsangebotes die bezirklichen Bedürfnisse
422 berücksichtigt werden.

423 Dafür wollen wir Grüne die Bezirke in der Umsetzung ihrer Durchführungsaufgaben sowie der
424 bezirklichen Steuerungsaufgaben stärken. Die Senatsverwaltungen sollen sich daher auf die
425 Aufgaben der gesamtstädtischen Steuerung konzentrieren. Bei der Umsetzung der
426 gesamtstädtischen Steuerung setzen wir auf ein lösungs- und zielorientiertes Miteinander

427 zwischen Senats- und Bezirksebene. Bei Entscheidungen auf gesamtstädtischer Ebene ist die
428 Expertise frühzeitig mit einzubeziehen. Damit die Bezirke ihre Interessen gegenüber dem
429 Senat effektiv durchsetzen können, werden wir der im Rahmen der Verwaltungsreform
430 geschaffenen Einigungsstelle eine zentrale Rolle im Abstimmungsprozess zwischen Landes- und
431 Bezirksebene geben.

432 Wir wollen die Bezirke stärken, damit sie ihre Aufgaben zukunftsorientiert und
433 servicefreundlich durchführen können und eine soziale, kulturelle und infrastrukturelle
434 Daseinsvorsorge in allen Berliner Kiezen sichergestellt wird. Um dieses Ziel zu erreichen,
435 werden wir das in der Berliner Verfassung verankerte Konnexitätsgesetz im Rahmen der
436 Finanzierung der Bezirke etablieren. Das heißt, wir werden mit Blick auf Land und Bezirke
437 das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ konsequent umsetzen. Zur Sicherung der zeitnahen
438 Bearbeitung bürger*innennaher Dienstleistungen in den Bezirksämtern wollen wir das Konzept
439 der Springer*innenpools (Flex:Units) ausbauen. Unser Ziel ist der Aufbau von zwei zentralen
440 Flex:Units zur Entlastung temporärer Leistungsspitzen.

441 6.5. Sicheres Personal – Verwaltung zukunftsfähig 442 ausstatten

443 Die Mitarbeitenden in der öffentlichen Verwaltung sind der zentrale Erfolgsfaktor für eine
444 funktionierende Daseinsvorsorge und die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen. Um eine
445 leistungsfähige und bürgerorientierte Verwaltung zu erhalten, muss Berlin um die besten
446 Köpfe und motivierte Beschäftigte werben.

447 Aufgrund der demografischen Entwicklung und des sich wandelnden Arbeitsmarktes steht das
448 Land Berlin als Arbeitgeber vor großen Herausforderungen bei der Personalgewinnung sowie
449 Personalbindung. Aktuell ist die Berliner Verwaltung aber nicht gut auf diese
450 Herausforderung vorbereitet: Stellenbesetzungsverfahren sind zu langwierig, eine zentrale,
451 behörden- und ebenenübergreifende Personalplanung findet nicht statt und häufig sind die
452 Bezirke bei der Personalrekrutierung strukturell im Nachteil. Wir Bündnisgrüne wollen das
453 ändern.

454 Personalbedarf strategisch planen und Beschäftigte wertschätzen

455 Unser Ziel ist es, den durch die rot-grün-rote Regierung bis 2023 aufgebauten
456 Personalbestand im Land Berlin zu stabilisieren. Dies wollen wir mit Hilfe einer
457 strategischen Personalbedarfsplanung erreichen, die sich am konkreten Bedarf für die
458 Bereitstellung der öffentlichen Dienstleistungen ausrichtet.

459 Unser Ziel ist es, dass Berlin als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen wird. Dies wollen
460 wir durch eine neue Kultur der Wertschätzung, Beteiligung und durch einen Ausbau der
461 Entwicklungsmöglichkeiten für die Beschäftigten erreichen. Hierzu ist es uns wichtig,
462 kritisches Denken zu fördern und Ideen der Beschäftigten bei Entscheidungen mit
463 einzubeziehen. Neben einer wertschätzenden Anerkennung der Leistungen der Beschäftigten
464 steht für uns eine moderne und digitale Arbeitsausstattung im Mittelpunkt.

465 Berlin ist eine vielfältige Stadt. Unser Ziel ist es, die Vielfältigkeit auch in der
466 Belegschaft der Berliner Verwaltung abzubilden. Wir Grüne erkennen die verschiedenen
467 Lebensrealitäten der Beschäftigten des Landes Berlin an und wollen sie bei der Entwicklung
468 neuer Arbeitsmodelle berücksichtigen. Unser Ziel ist es, eine stärkere Flexibilisierung
469 durch mobiles Arbeiten, Job-Sharing und Führen in Teilzeit zu ermöglichen. Bei der Umsetzung
470 neuer Arbeitsmodelle ist für uns zentral, dass dies auf freiwilliger Basis und unter

471 Einbeziehung der Personalvertretung erfolgt. Die Möglichkeit des Quereinstiegs in die
472 Berliner Verwaltung wollen wir verstärkt durch zielgerichtete Onboarding- und
473 Weiterbildungsangebote erleichtern.

474 Die Beschäftigten der Bezirke, des Landes und der Landesämter halten Berlin am Laufen.
475 Gewaltsame Übergriffe und Beleidigungen sind für uns daher absolut inakzeptabel. Daher
476 fördern wir Maßnahmen zur Gewaltprävention und Unterstützung von gewaltbetroffenen
477 Beschäftigten.

478 Das Landesverwaltungsamt wollen wir zum zentralen Personaldienstleister für die gesamte
479 Berliner Verwaltung weiterentwickeln. Dadurch sollen Verfahren im gesamten Personalbereich
480 effizienter ausgestaltet werden. Strukturelle Benachteiligungen bei der Personalgewinnung
481 und bei der Personalbindung in den Bezirken wollen wir abbauen.

482 Nachwuchs für die Verwaltung gewinnen

483 Unser Ziel, mehr junge Menschen für eine berufliche Zukunft im öffentlichen Dienst zu
484 gewinnen, wollen wir durch eine Ausbildungsoffensive erreichen. Sowohl die duale Ausbildung
485 als auch duale Studiengänge sehen wir als gleichwertige Säulen der Nachwuchsförderung an.
486 Diese wollen wir gezielt ausbauen und zukunftsfähig gestalten. Auch die Möglichkeiten der
487 Etablierung des Beschäftigtenwohnens wollen wir in Angriff nehmen.

488 Wichtig ist uns dabei, gezielt Entwicklungsmöglichkeiten und Karrierewege in der
489 öffentlichen Verwaltung aufzuzeigen. Dazu werden wir die Berufsorientierung auf
490 verschiedenen Ebenen stärken und die Möglichkeit von Schulpraktika ausbauen.

491 6.6. Digitale Verwaltung – modern, zugänglich und 492 sicher

493 Berlin ist eine Metropole mit vielen digitalen Start-ups und Innovationen. Die Berliner
494 Verwaltung hat bei der Digitalisierung allerdings noch Aufholbedarf. Wir Bündnisgrüne wollen
495 eine Verwaltung, deren digitale Dienstleistungen für alle funktionieren. Digitalisierung der
496 Verwaltung muss sich am Menschen orientieren, sollte resilient, nachhaltig,
497 diskriminierungsfrei und sicher sein. Um dies voranzubringen, sind Räume notwendig, in denen
498 Mitarbeitende innovative und kreative Ansätze verfolgen können. Es braucht eine offene
499 Fehlerkultur, mehr Möglichkeiten des kollaborativen Arbeitens und eine lernfähige
500 Verwaltung. Wir wollen eine konsequent nutzendenorientierte Verwaltung etablieren, in der
501 klare Zuständigkeiten existieren, damit das „Behörden-Pingpong“ der Vergangenheit angehört.
502 Zukünftig werden immer weniger Mitarbeitende für immer mehr Aufgaben zur Verfügung stehen.
503 Deshalb muss auf die Verwaltungsreform konsequent die Modernisierung von Prozessen und deren
504 Digitalisierung folgen, ohne die Verwaltung dabei von Tech-Unternehmen abhängig zu machen,
505 denen Profit wichtiger ist als Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

506 Digitale Services an den Menschen orientieren

507 Wir Grüne wollen, dass jeder Kontakt mit Behörden ohne stressige Terminvergabe,
508 Warteschlangen oder Formularchaos funktioniert. Dass City-WLAN, Transparenz- und Datenportal
509 sowie eine Kiez-App ein selbstverständlicher Teil des Berliner Alltags sind. Berlin braucht
510 eine digitale Verwaltung, die unabhängig, sicher und resilient ist. Wir wollen, dass Daten
511 und Lizenzen in öffentlicher Hand liegen und alle Systeme die Prinzipien „Privacy by Design“
512 und „Security by Design“ verfolgen. Um eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung zu

ermöglichen, richten wir einen Digitalrat als unabhängiges, paritätisch besetztes Expert*innengremium ein mit Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft und der Tech-Community.

Wir schaffen Services, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren – nicht an den Strukturen der Verwaltung. Unser Ziel ist ein digitales Bürger*innenamt mit Videoberatung, Einfacher Sprache, digitalen Assistenzen, barrierefreier mobiler Nutzung und Echtzeit-Statusanzeigen für Anträge. Das Service-Portal wird zur zentralen Anlaufstelle für alle Lebenslagen – etwa Umzug, Geburt oder Pflegebedarf –, statt sich weiter an Ämter- oder Zuständigkeitsgrenzen zu orientieren. Zudem soll jede neue und bestehende Leistung systematisch auf ihr Automatisierungspotenzial geprüft werden. Gemeinsam mit dem CityLAB Berlin entwickeln wir erprobte Projekte zu stadtweiten Lösungen weiter. Parallel dazu schaffen wir niedrigschwellige Unterstützungsangebote vor Ort: in Stadtteilzentren, Pflegestützpunkten, mobilen Bürger*innenämtern und durch direkte Unterstützung bei der Antragstellung.

Verwaltungsdigitalisierung erfolgreich umsetzen

Wir wollen das Digitalgesetz für Berlin vollenden. Damit schaffen wir die Grundlage für die weitere Digitalisierung der Berliner Verwaltung. Dabei setzen wir auf verbindliche Standards für die digitale Barrierefreiheit, den Vorrang von Open Source, digitale Souveränität und die proaktive Bereitstellung öffentlicher Daten (Open Data). Wir verankern ein Recht auf digitale Kommunikation mit der Verwaltung und überführen das Onlinezugangsgesetz (OZG) in Berliner Landesrecht. Neu eingeführt wird ein „digitales Konnexitätsprinzip“, um sicherzustellen, dass auch bei der Zuweisung digitaler Aufgaben derjenige zahlt, die bestellt. Gemäß dem Prinzip „Once Only“ entwickeln wir digitale Verwaltungsleistungen weiter, wo es möglich und sinnvoll ist, und mit einer Automatisierungsstrategie prüfen wir künftig alle neuen Leistungen auf ihr Digitalisierungspotenzial. Dazu braucht es auch eine intensivere Kooperation mit dem Bund und anderen Bundesländern, um bestehende IT-Lösungen ausschöpfen oder gemeinsam neue IT-Lösungen entwickeln zu können.

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung bietet große Potenziale. Er kann Prozesse effizienter und schneller machen und alltägliche Arbeitsabläufe vereinfachen. Allerdings braucht es dafür eine rechtliche Grundlage, die insbesondere die datenschutzrechtliche Ausgestaltung sicherstellt.

Zur Stärkung einer souveränen IT-Infrastruktur in öffentlicher Hand werden wir das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin) zu einem landeseigenen Plattformanbieter ausbauen. Die Steuerung des ITDZ durch das Land Berlin wollen wir verbessern, um der Berliner Verwaltung effiziente, einfache und nutzendenfreundliche IT-Lösungen zur Verfügung stellen zu können. Open-Source-Lösungen mit offenen Schnittstellen und transparentem Quellcode haben Vorrang vor proprietären Angeboten. „Privacy by Design“ und „Security by Design“ gelten bei jeder Softwareentwicklung: Datensparsamkeit, Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, lokale Datenhaltung und barrierefreie Nutzbarkeit sind verbindlich. Zugriffe auf personenbezogene Daten werden dokumentiert und sind für Betroffene einsehbar, um vor Missbrauch zu schützen. Geprüft werden digitale Durchführbarkeit, Barrierefreiheit, Verständlichkeit und Nutzendenzentrierung. Dabei setzen wir auf Co-Creation verschiedener Fachressorts, IT-Expert*innen, Zivilgesellschaft und Nutzende.

556 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 6)

557 Katastrophenschutz modernisieren – ressortübergreifende
558 Resilienzstrategie entwickeln

559 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin im Krisenfall vorbereitet ist. Dafür braucht es
560 umfassende Risikoanalysen und Katastrophenschutzpläne in allen Bereichen mit klaren
561 Verantwortlichkeiten und einer Vernetzung zwischen den Akteur*innen. Wir werden dazu eine
562 ressortübergreifende Resilienzstrategie entwickeln, die zentral koordiniert wird. Neben der
563 klassischen Krisenbewältigung werden dabei auch Strategien implementiert, die Vorsorge für
564 aufkommende Krisen betreiben und Anpassungen an veränderte Lagen vornehmen, insbesondere
565 auch Maßnahmen der Klimaanpassung. Wir werden die Menschen in unserer Stadt außerdem dabei
566 unterstützen, im Krisenfall Selbsthilfe leisten zu können. Wer heute in Resilienz
567 investiert, schützt morgen Menschenleben und unsere Infrastruktur.

568 Opfer von Straftaten unterstützen – ein Landesopferschutzgesetz für
569 Berlin

570 Wir Bündnisgrüne setzen uns für ein Landesopferschutzgesetz (Gesetz zur Unterstützung
571 Betroffener von Straftaten – UBSG) ein, das Betroffenen von Straftaten einen Rechtsanspruch
572 auf Unterstützung gibt. Es schreibt einen proaktiven Ansatz fest, verankert Prävention und
573 Täter*innenarbeit gesetzlich und sichert die dauerhafte Finanzierung der Berliner
574 Opferschutzeinrichtungen und Beratungsstellen ab. Zugleich schafft es eine Rechtsgrundlage
575 für die schnelle, aber auch sichere Weitergabe von personenbezogenen Daten, damit Betroffene
576 ein passgenaues Unterstützungsangebot erhalten.

577 Ein digitales Bürger*innenamt für Berlin

578 Unser Ziel ist die Einrichtung eines digitalen Bürger*innenamts für Berlin. Es wird
579 Verwaltungsdienstleistungen mittels Videoberatung und digitaler Assistenzen anbieten. Eine
580 barrierefreie mobile Nutzung und die Verwendung Einfacher Sprache sollen dabei
581 sichergestellt sein. So ermöglichen wir einen zügigen und unkomplizierten Zugang für alle
582 Menschen. Außerdem wird es Statusanzeigen für Anträge in Echtzeit geben, damit die
583 Bürger*innen jederzeit über den Bearbeitungsstand informiert sind und besser planen können.
584 Das ServicePortal Berlin wird zur zentralen Anlaufstelle für alle Lebenslagen – etwa Umzug,
585 Geburt oder Pflegebedarf –, statt sich weiter an Ämter- oder Zuständigkeitsgrenzen zu
586 orientieren.